

Gesinnungsterror in Fragen zur Asylpolitik (19.3.2015)

Die Asylpolitik ist zurzeit ein vieldiskutiertes Thema, das unsere Gesellschaft in zwei Lager aufspaltet. Ganz unverhofft bin ich nun persönlich in die Schusslinie geraten, weil ich es gewagt habe, hierzu meine Ansichten öffentlich zu äußern.

Im Dezember 2014 wollte ein Verein **in meinem Görlitzer Kaufhaus ein Benefizkonzert für Asylbewerber** abhalten. Einige Bekannte in der Oberlausitz haben sich darüber bei mir beschwert, weil die meisten der Gäste aus Ländern kamen, die offiziell als sicher eingestuft werden. Ich bin diesen Bedenken gefolgt, habe von meinem Hausrecht Gebrauch gemacht, und das Konzert **unterbunden**. Daraufhin wurde ich zu einer Stellungnahme in der Zeitung aufgefordert. Im Interview wollte ich die Bedenken der schweigenden Mehrheit über die aktuelle Asylpolitik zum Ausdruck bringen und Anstoß geben für eine sachliche Diskussion, und damit als Staatsbürger und Privatperson meiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Meine Äußerungen sind leider etwas knapp und provokant geraten, sie wurden daher missverstanden. **Die SPD-verbundene (1) Presse in Görlitz und in Lübeck hat die Formulierungen noch etwas verdreht und sie als Sensation aufgebauscht**, da waren manche Zeitungsleser über mich empört (in Lübeck wird das Thema weiterhin journalistisch ausgeschlachtet). Viele haben aber erkannt, dass hinter jeder Aussage des Interviews ein begründeter und konstruktiver Kerngedanke steckt, und keine herzlose Fremdenfeindlichkeit und kein Rassismus. In ernsthaften und ausführlichen Zuschriften haben sie mir für meinen Mut gedankt und bekundet, ich hätte ihnen „aus dem Herzen gesprochen“.

Ich bin vorbehaltlos dafür, dass man in Europa vorübergehend Menschen aufnimmt, vor allem Frauen und Kinder, die kriegsbedingt auf der Flucht sind, aber nur solange die Notlage besteht und in der Nähe ihrer Heimat eine Unterbringung nicht möglich ist. Jedenfalls sollte man dafür sorgen, dass sie sich bei ihrer Reise keinen Gefahren aussetzen und zu Opfern gewissenloser Schleuser werden. Gleich-

zeitig muss sich die Weltöffentlichkeit konsequent für eine Befriedung der Krisenherde einsetzen und darf das Feld nicht Verbrecherbanden überlassen.

Ich habe das **Pogrom in Ruanda** angesprochen: Mit **Rücksicht auf die Pazifisten der freien Welt** wollte man einen offenen Krieg vermeiden und hat lange tatenlos zugesehen, wie mehrere Millionen schutzloser Menschen getötet wurden. Es ist höchste Zeit, dass die Völkergemeinschaft für solche Fälle verbindliche Regeln festlegt und deren Einhaltung kurzfristig militärisch erzwingt. Und sich dabei nicht von der realitätsblinden friedliebenden „Öffentlichen Meinung“ abhalten lässt. **Die Kräfte, die vorgeben, das Gute zu wollen, schaffen stets das Böse.** Sie haben auch vor vielen anderen mörderischen Konflikten die Augen verschlossen, etwa in Srebrenica, wo die Serben achttausend Menschen umbrachten. Als Saddam Hussein schon seine Fahrkarte ins Ausland gelöst hatte, ist der „friedliebende“ Kanzler Schröder aus der Allianz ausgeschert, in diesem Fall aus wahltaktischen Gründen, und hat jenem Verbrecher wieder Mut gemacht, durchzuhalten.

Die Großzügigkeit gegenüber Wirtschaftsflüchtlingen, einschließlich solchen, die sich absichtlich in Lebensgefahr bringen, um in Europa unterzukommen, **ist nicht angebracht.** Sie unterlaufen unser Rechtssystem, das für legale Einreisen ein Visum vorsieht. Über die Hälfte der Bewohner Deutschlands betrachtet das als Nötigung und hat dafür kein Verständnis. Bei uns stehen diese initiativen Leute entwurzelt und ohne Arbeit da, zu Hause hinterlassen sie ein Vakuum, und die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich dort weiter (2). Man sollte alles Menschenmögliche dafür tun, dass sie bleiben wo sie sind, und anstelle in Europa so viel Geld für ihren Lebensunterhalt und ihre Unterkunft auszugeben, teilweise in Container-Ghettos, sollte man ihnen **lieber beim Aufbau einer Existenz in ihrer Heimat helfen.** Dabei sollten sich die Samariter nicht wieder wie Kolonialherren aufführen, dieses Modell hat ausgedient. Und sie sollten unsere Bedingungen nicht eins zu eins dorthin übertragen - werden etwa in der Landwirtschaft große Felder angelegt, verlieren die Kleinbauern ihre Existenzgrundlage, schickt man gebrauchte Kleider, behindert man den Aufbau kleiner Textilbetriebe.

Dass Deutschland auf einmal seine Grenzen vorbehaltlos öffnen soll, wird von vielen Bürgern abgelehnt. Unsere Regierung will wieder einmal „alles besser machen“! Besser als zum Beispiel die Regierungen der USA, Australiens, der Schweiz und vieler anderer Länder, die den **Zustrom effektiver begrenzen**. Oder als frühere Bundesregierungen. Die USA haben einen Zaun zwischen Texas und Mexiko errichtet, weil sie eine millionenfache visumfreie Zuwanderung nicht verkraften könnten. Die neue Regierung Australiens, das international im Ruf steht, ein weltoffener, toleranter, freundlicher Kontinent zu sein, schirmt sich seit einem Jahr wirksam gegen Wirtschaftsflüchtlinge ab, die ohne Visum über das Meer einwandern wollen, mit dem Erfolg, dass niemand mehr sein Leben aufs Spiel setzt, um dorthin zu gelangen. Diese neue restriktive Asylpolitik wird von der Mehrheit der australischen Bevölkerung unterstützt, wie auch meine in diese Richtung laufenden Vorschläge bei den meisten Mitbürgern in Deutschland Zustimmung finden.

Die letzte Weihnachtspredigt unseres Bundespräsidenten und die Neujahrsansprache der auf Maximalkonsens bedachten Kanzlerin haben dazu beigetragen, dass die Menschen demonstrieren gehen – angeblich dumpfe und egoistische Typen, in Wahrheit sind die meisten von ihnen aber ganz normale Bürger, die sich Sorgen machen, dass Deutschland sein Erbe verspielt, wenn die Tore bedingungslos geöffnet werden. **Alles was wir und unsere Vorfahren in den letzten Jahrhunderten errungen haben, scheint durch Überfremdung in Gefahr** – das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Religionsfreiheit, das Selbstbestimmungsrecht, die Gleichberechtigung der Frau, das Wahlrecht und die religionsunabhängige Jurisdiktion. Davon künden bereits heute Zustände in einigen Ballungszentren, wie zum Beispiel in Berlin Neukölln (2). Die Gäste tragen auch ihre Konflikte zu uns herein, davon haben wir schon einiges gesehen.

Verfügungen von solcher Tragweite, ob wir wirklich auf einmal Migranten zu Millionen bei uns unterbringen sollen, dürften nicht von den Regierungen ausgehen, sondern müssten vom **Bundestag** getroffen werden, und zwar mit einer **Zweidrittelmehrheit**, wie bei einer Änderung des Grundgesetzes. Dabei sollte man alle Facetten beleuchten und dürfte Mildtätigkeit nicht als einzige Maxime gelten lassen. Und die Diskussion ist überflüssig, ob und an welchen Gott die Einwanderer glauben: **Der Islam ge-**

hört heute genauso wenig zu Deutschland wie das Christentum, in deren beider Namen so viel Unrecht geschehen ist. Im Bewusstsein aufgeklärter Menschen ist nach meiner Ansicht für beide kein Platz, aber in jedem Fall ist Glaube Privatsache, auch der Glaube an Osterhase und Weihnachtsmann. Religion und Politik sind streng voneinander zu trennen.

Wenn der Bevölkerung heute diktiert wird, sie müsse dieses Jahr vielleicht eine halbe Million Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen, dann fühlen sich viele „über den Tisch gezogen“. Geht deren Rechnung auf, kommen nächstes Jahr zwei Millionen, die es ja in ihrer Heimat auch nicht besser haben als ihre Vorgänger. Sind unsere großzügigen Wohltäter konsequent, müssen sie diese zwei Millionen auch herein lassen. Aber wo soll das denn enden? Sollte es den Zuwanderern aus Indien und Afrika gelingen, ihre wirtschaftliche Situation durch die Ansiedlung in Deutschland zu verbessern, dann würden die **Zauberlehrlinge** des Einstroms nicht mehr Herr, in Afrika warten Milliarden Menschen darauf, auszureisen (2)!

Und was manchem Philanthropen heute als gute Tat erscheint, wird zum Ausgangspunkt neuer Feindseligkeit und neuen Unrechts. Je mehr Fremde sich auf Dauer hier einrichten, desto feindlicher wird die Gesinnung bei einem großen Teil der einheimischen Bevölkerung. Das ist übrigens eine ganz normales, menschliches Verhalten, es abzuschaffen, wäre utopisch. Ist es in Deutschland wieder **Zeit für ein neues Experiment? Der aus unserem Land hervorgegangene Kommunismus ist bereits gescheitert!** Er hat mehreren Generationen das Leben schwer gemacht und hundert Millionen den Tod gebracht. Wenn sich heute die Moralapostel mit ihrer neuen Willkommens-Doktrin durchsetzen, müssten es dann unsere Kinder und Enkel ausbaden!

Eine moderate **Migration** hat es in Deutschland und in Europa schon immer gegeben. Menschen aus anderen Ländern haben sich angesiedelt und innerhalb zweier Generationen assimiliert. Und viele Deutsche sind ausgewandert. **Einwanderung und Wegzug haben sich über lange Zeiten die Waage gehalten.** Am Ende des letzten Jahrhunderts ist aber der **Anteil ausländischer Mitbürger** in Deutschland von einem oder zwei Prozent **auf über zehn Prozent hochgeschwollen.** Wenn das so

weiter geht, ist zu befürchten, dass wir unser über zweitausend Jahre durchgereichtes Erbe innerhalb einer Generation verspielen. Wer nichts zu verlieren hat, dem macht das nicht viel aus. Ein Landwirt wird da anders denken, der einen Hof geerbt hat und ihn später seinen Kindern übergeben soll: Dürfen die „vaterlandslosen Gesellen“ sein halbes Gut so großzügig an Fremde verschenken?

Und **bei einer so sprunghaften dauerhaften Integration zu vieler Flüchtlinge und Asylanten besteht die Gefahr, dass wir im internationalen Vergleich zurückfallen** und unsere weltweite Spitzenstellung in Wissenschaft und Technik einbüßen. Unser Lebensstil und Lebensstandard würden sich zwangsläufig dem der Länder annähern, aus denen die vielen Migranten kommen (3). Es könnte schwer fallen, das Niveau im Schulunterricht zu halten, nicht nur im Fach Deutsch. Wer in unserem Land seinen angestammten Platz hat, müsste sich im täglichen Umgang mit den Neuen mehr und mehr auf Englisch verständigen. Aber wir sind hier zu Hause und wollen Deutsch sprechen.

Wenn der türkische Staatsmann Erdogan in Deutschland zu Besuch ist und im Fußballstadion verkündet, er betrachte eine Assimilation der Türken in Deutschland als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, da klingeln bei vielen Deutschen die Alarmglocken. **Denn man wünscht sich keinen Staat im Staate** (4), sondern dass unsere türkisch-stämmigen Mitbürger in unserem Volk aufgehen. In einer Aussage meines Görlitzer Interviews muss ich mich aber korrigieren, da hat es in den letzten Jahren einen Umschwung gegeben: Meine lange währenden Befürchtungen, dass sich durch einen gewaltigen Zustrom von Angehörigen türkischer Nationalität, wie er in den neunziger Jahren zu beobachten war, in wenigen Dekaden die Mehrheitsverhältnisse ändern und deutschstämmige Einwohner in unserem Land bald zu einer Minderheit würden, scheinen sich zu zerstreuen - **die Zuwanderung hat sich inzwischen deutlich abgeschwächt**, 2013 und 2014 sind sogar etwa gleich viele Türken in ihr Land zurückgezogen wie nach Deutschland gekommen. Ich wünsche mir, dass die Tendenz nicht wieder umschlägt.

Mein im Zeitungsinterview geäußelter Vorschlag, Türken sollen auf freiwilliger Basis in ihre Heimat zurückkehren, wie es seinerzeit auch Bundeskanzler Kohl erfolgreich

in die Wege geleitet hatte, ist übrigens vor kurzem auch von der dänischen Regierung erhoben worden, so steht es in den Deutsch-türkischen Nachrichten vom 25. 9. 2014. Weil in ganz Europa die **Herausbildung von Parallelgesellschaften** Sorgen bereitet, in denen zum Beispiel nicht mehr europäisches Recht gilt und bei uns nicht mehr deutsche Juristen Recht sprechen, sondern „Friedensrichter“ islamisches Recht. Der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky hat in seinem aktuellen Buch „Die andere Gesellschaft“ aus eigener Erfahrung darüber berichtet (3).

Viele meiner türkisch-stämmigen Kollegen sind in Deutschland geboren und hier voll integriert. Wir pflegen ein vertrauensvolles Verhältnis, ich hänge an ihnen und ich würde es persönlich bedauern, wenn sie uns verließen. Manche ihrer Angehörigen beherrschen aber auch nach zehn oder zwanzig Jahren die Sprache ihres neuen Heimatlandes nur bruchstückhaft. Aus meiner Sicht ist die **Sprachkompetenz der Schlüssel zur Integration**. Hätte ich beispielsweise die Patentliteratur nicht in meiner Muttersprache Deutsch lesen können, wären viele meiner Erfindungen nicht zustande gekommen. Wenn sich also türkisch-stämmige Bewohner Deutschlands zu Hause die halbe Zeit auf Türkisch unterhalten, geraten sie nach meiner Meinung ins Hintertreffen, was die schulische und berufliche Qualifikation betrifft. In der Schule zeigen sie aufgrund der geringeren Sprachkompetenz im Durchschnitt schwächere Leistungen als ihre deutschen Mitschüler, nicht nur im Deutschunterricht, sondern auch in anderen Fächern. Dann traut man ihnen weniger zu und sie werden seltener ermutigt, das Gymnasium zu besuchen oder ein Studium aufzunehmen. **Hochschulabgänger türkischer Herkunft stellen in Deutschland immer noch Ausnahmen** dar, Türken betreiben hier vor allem Gemüseläden und teilen sich mit den Kurden die Jobs als Taxifahrer, nur selten gelangen sie in Führungspositionen. **Anders in der Türkei:** Dort werden aus Personen mit gleicher Voraussetzung Ingenieure, Lehrer oder Ärzte, in einem ähnlichen Verhältnis wie bei uns. Es liegt wohl nicht an den Genen, wie Thilo Sarrazin behauptet! Natürlich findet man viele Biographien, die von dieser Schilderung abweichen. In unserem Unternehmen wollen wir in Zukunft stärker darauf achten, unsere **türkischen Kollegen spezifisch zu fördern**, etwa durch Sprachkurse oder indem wir sie mit anspruchsvolleren Aufgaben betrauen. Sie sind unsere Freunde!

Mir liegt die Tradition und die **Pflege der deutschen Sprache** sehr am Herzen, sie gehört zu unserem Erbe, und ich wehre mich dagegen, dass sie ideologisch verblendeten „Wirrköpfen“ als Spielball dient, die uns zum Beispiel alle zehn Jahre eine **neue Wortschöpfung für den Begriff „Neger“** vorschreiben wollen, den ich ohne jeden diskriminierenden Hintergedanken gebrauche. Da hat mich dankenswerterweise die FDP-Politikerin Happach-Kasan in den Lübecker Nachrichten (25.2.2015) vor Funktionären der Lübecker Studenten in Schutz genommen: „An der Verwendung des Wortes Neger eine bestimmte geistige Haltung festmachen zu wollen, ist rechthaberisch und völlig unsensibel.“ Für sie gäbe es keinen Zweifel, dass Stöcker sein Unternehmen weltoffen und tolerant führe. Da hat sie Recht! Stöcker verachtet auch die aus einem kleinkarierten Gerechtigkeitsempfinden heraus erhobene Forderung, dass bei der Bezeichnung von Personen **jeder maskulinen die feminine Form zugesellt** werden soll. Alle machen mit, weil sie nicht sicher sind, ob dieser Fanatismus berechtigt ist oder nicht. Die Frauen werden dadurch aber keinen einzigen zusätzlichen Platz in einer Vorstandsetage ergattern, da biete ich unten einen besseren Lösungsvorschlag. Wenn die Bürgerinnen und Bürger wieder zu Verstand gekommen sind, werden sie diesen lästigen Ballast abwerfen, ich kann es kaum erwarten.

In Europa herrscht eine beispiellose kulturelle Vielfalt, bedingt durch die Geschichte und die Eigenart der einzelnen Länder. Diesen Reichtum sollten wir schützen. Die Franzosen lieben Wein, gutes Essen, Mode und erotische Abenteuer, ihre Trikolore verbürgt unsere Ideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Engländer stehen auf Fisch und Chips, Nachmittagstee, Doppelstockbusse und Cricket, und sie bringen es nicht fertig, die anachronistischen Privilegien der Kings und Earls abzuschaffen. Die Russen lauschen dem Klang der Balalaika, sie essen sich satt mit Kaviar und Borschtsch-Suppe, trinken Unmengen an Wodka, sie zerlegen jeden Tag ihre Matrjoschka-Puppe und bauen sie wieder zusammen. Die Italiener singen den ganzen Tag und komponieren die schönsten Opern, sie lieben Mozzarella mit Tomaten und Basilikum, essen Pasta, Pizza und Oliven, sie haben gute Schneider und Schuhmacher und das beste Eis. In Polen zieht man sich gepflegt und elegant an, von ihnen stammten der beste Papst aller Zeiten, Chopin und Marie Curie, und Polen hat den Weg aus dem Kommunismus geebnet. Die stolzen Spanier besiegen den

Stier, essen Tapas und liefern uns Schinken vom Iberico-Schwein. Deutschland ist bekannt für Fleiß, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit und Ordnungsliebe. Wir philosophieren, dichten und organisieren. Wir sind das Land mit der höchststehenden Musikkultur, mit den besten Autos und Maschinen. Technologisch stehen wir weltweit an der Spitze, und dazu hat auch EUROIMMUN maßgeblich beitragen.

Es ist die Vielgestaltigkeit der Kulturen, die Europa über Jahrhunderte geprägt hat. Wenn man alles vermischte, dann ginge die Fülle an Lebensformen und Brauchtum verloren. Wenn Millionen und Abermillionen Menschen aus anderen Erdteilen auf Europa einströmten, die sich gar nicht mit dem Wertespektrum ihrer Gastländer identifizieren, sondern nur auf eine Verbesserung ihres Einkommens abzielen, dann würde ausgedünnt und abgeschafft, was uns auszeichnet. Da sind die meisten Europäer dagegen. **Jedes europäische Land soll seine Identität bewahren.** Das hat nichts mit Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu tun. Ich will auch nicht, dass wir Europäer uns wieder in den anderen Erdteilen breitmachen wie in den Zeiten des Kolonialismus.

Kein Land soll sich aufgeben, sondern seine Tradition, seine Sprache und seine Lieder bewahren, die seinen Bewohnern das Gefühl der Zugehörigkeit und der Geborgenheit verleihen. Man soll **sich nicht zu sehr anbiedern mit fremden Einflüssen.** Wir brauchen uns nicht bei den Amerikanern einzuschmeicheln und sollten Anglizismen vermeiden, wo es deutsche Wörter gibt. Wenn unsere Kinder im Musikunterricht vorwiegend amerikanisches Repertoire lernen, wie es in einigen Lübecker Schulen der Fall ist, dann bleibt unser eigenes Liedgut auf der Strecke. Man soll bei uns nicht „Happy Birthday to You“ singen, sondern „Zum Geburtstag viel Glück“. Man kann seine Weltläufigkeit auch anders zum Ausdruck bringen, wer unbedingt damit prahlen will. Es gibt so schöne Volkslieder bei uns, die sollte man singen, die importierten Lieder nur hin und wieder, nicht umgekehrt.

Deutschland soll nach meiner Ansicht **nicht** als „**Einwanderungsland**“ aufgefasst werden und Europa nicht als Kontinent für Einwanderer, weil wir schon dicht genug bevölkert sind – anders als früher Amerika oder noch heute Kanada und vielleicht Australien, oder vor tausend Jahren Polen. Wir brauchen keine fremde Hilfe, um un-

sere Rente zu finanzieren, das ist doch nur ein billiger Vorwand, zur Not könnten wir uns ohne weiteres etwas einschränken. Welche Blamage, wenn wir die Neuzugänge dafür ausbeuten müssten. Sie wären ohnehin erst einmal auf Jahrzehnte damit beschäftigt, hier selbst zurechtzukommen, und in ihrer Heimat fehlen sie. Wir haben ganz andere Möglichkeiten:

Lasst uns eine „**Willkommenskultur**“ für **eigenen Nachwuchs** entwickeln! Unternehmer und Politiker sollen dafür sorgen, dass unsere jungen Leute Beruf und Familie besser miteinander in Einklang bringen können! Die Firma EUROIMMUN lebt es seit vielen Jahren vor: In unseren Betriebskindergärten werden über 150 Kinder der Mitarbeiter ganztags aufgenommen und behütet, ab einem Lebensalter von einem halben Jahr. Die Schulkinder werden mittags von einem Fahrer aus der Schule abgeholt und in den Hort gebracht, unsere Lehrer beaufsichtigen die Schularbeiten.

Die meisten Kinder schätzen es sehr, in der Arbeitswoche tagsüber mit der Kindergärtnerin zusammen zu sein und in der Freizeit mit den Eltern. Väter und Mütter **kehren wenige Monate nach einer Geburt an ihren Arbeitsplatz zurück**, beziehen dann das gleiche Gehalt wie vorher, und das Unternehmen spart sich den Aufwand für die langwierige Einarbeitung einer Ersatzperson. Wer sich ein paar Jahre lang vollzeitlich um seinen Nachwuchs kümmern will, muss solche Unterstützung ja nicht in Anspruch nehmen.

Die noch weitverbreitete **Ansicht ist überholt, eine Mutter** gehöre an den Herd und **müsse ihrer Familie ein halbes Berufsleben opfern**. Während andere Karriere machen, wird sie aus dem Arbeitsalltag gerissen, verliert ihr eigenes Einkommen und auch den Anschluss im Beruf. Die mühsam erworbene Kompetenz liegt brach und geht verloren, sie bekommt schlechte Laune, ein Wiedereinstieg viele Jahre später erfordert Anstrengungen wie für eine neue Ausbildung und ist oft mit einer Degradierung verbunden. Ich appelliere an die Vernunft der Gesellschaft, gebt in jeder Familie beiden Eltern die Chance, sich beruflich frei zu entfalten und ein Leben lang den erlernten Beruf auszuüben, anstelle einen Elternteil zum Zwecke der Kinderbetreuung in eine jahrelange Zwangspause zu schicken. **So lösen wir bei EUROIMMUN auch das Problem mit dem Mangel an Fachpersonal!**

Wenn solche Maßnahmen Verbreitung finden, werden sich die Vorstandsetagen von selbst mit Frauen füllen, durch Qualifikation, nicht durch staatliche Verordnung. Jetzt müssen die Männer noch erzogen werden, dass sie sich bei der Hausarbeit gleichberechtigt verwirklichen (hier bin ich persönlich ein Vorreiter!). Unter solchen Voraussetzungen kann man die Eltern ermutigen, **Kinder in einem biologisch günstigen Alter zu bekommen**, also zu Beginn eines Arbeitslebens oder Studiums, und nicht erst, wenn man vielleicht zusätzlich zum Ehemann einen Arzt braucht, um schwanger zu werden. **Herzlich willkommen, liebe Kinder, Ihr seid auserkoren, unsere Rente zu finanzieren!**

Unmittelbar nachdem mein missglücktes Interview erschienen war, sah sich der **Präsident der Lübecker Universität**, Prof. Hendrik Lehnert, zu folgender Mitteilung veranlasst: „Toleranz, Weltoffenheit und ein klares Bekenntnis zu multikulturellem Denken und Handeln sind unveräußerliche Werte unserer Campus-Kultur. **Von dem Gedankengut, das Prof. Dr. Winfried Stöcker** in seinem Interview mit der Sächsischen Zeitung geäußert hat, **distanzieren wir uns** daher auf das Nachdrücklichste.“

Das war nicht fair. Der Präsident hätte sich erst einmal über die Hintergründe dieses entstellten Interviews informieren sollen. Er kennt die **Firma EUROIMMUN** in ihrer ganzen Breite und wir hatten mehrere wissenschaftliche Projekte gemeinsam verfolgt. Ihm kann gar nicht entgangen sein, dass gerade dieses Unternehmen **und sein Vorstandsvorsitzender an Toleranz und Weltoffenheit nicht zu überbieten** sind. Ich habe das seit jeher unter Beweis gestellt. Bei uns gehen Wissenschaftler der ganzen Welt ein und aus. Ich achte jeden Menschen ohne Ansehen seiner Herkunft oder seines Geschlechts. Ich Sorge für Gerechtigkeit und würdige Arbeitsbedingungen. Wer immer die von mir gegründete und geleitete Firma besucht, gleich an welchem Standort in der Welt, lobt die freundliche und familiäre, nicht diskriminierende Atmosphäre. Hinsichtlich Frauenfreundlichkeit hat man uns gerade auf Platz 7 von 620.463 Bewertungen deutscher Unternehmen gesetzt (5), auch wenn wir die Frauen nicht ständig extra in der Anrede berücksichtigen.

Vor lauter Angst, dass seine Universität, deren Präsident er vor kurzem geworden ist, einen kleinen Kratzer abbekommen könnte, **lässt er einen hochverdienten Wissenschaftler und internationalen Unternehmer, der so viel für die Lübecker Universität getan hat, wie kaum ein anderer**, als es ihrer Universitätsmedizin an den Kragen gehen sollte, **wie eine heiße Kartoffel fallen** und liefert mich rücksichts- und bedenkenlos der sensationsgierigen Presse aus. Seine Äußerungen haben die Sache erst richtig aufgeheizt, ein schönes Geschenk für Journalisten in ihrer abwechslungsarmen Weihnachtszeit. Aber gerade eine Universität müsste eine Vielfalt an Ideen und Auffassungen zulassen! Und dieser Präsident hat die Wahrheit gewiss nicht gepachtet.

Man kann auch zu einer diametralen Einschätzung meines Görlitzer Interviews gelangen, das beweisen hunderte Zuschriften, die mich erreicht haben: „Ich habe Ihre klaren und eindeutigen Worte gelesen und danke Ihnen für diese unmissverständliche Botschaft ausdrücklich und ganz herzlich. Wenn unsere Regionalpolitiker und Medienvertreter jetzt behaupten, dass Sie damit dem ehrwürdigen Kaufhaus in Görlitz schaden, halte ich das nur für einen plumpen Versuch, Meinungsvielfalt zu verhindern, und ich sehe immer mehr die Gefahr, dass **wir in Zustände verfallen, die wir mit den politischen Veränderungen 1990 eigentlich überwinden wollten**“.

„Herr Stöcker hat mit seinen Äußerungen Recht. Er spricht öffentlich aus, was viele Bürger denken, aber leider verschweigen.“ „Respekt Herr Stöcker, Sie haben den Mut, gegen den Strom zu schwimmen!“ „Nachdem ich Ihr Interview gelesen habe, ist es mir ein Bedürfnis, Sie zu bitten, so zu bleiben, wie Sie sind!“ „Deine Sorgen zur illegalen Zuwanderung teile ich voll und ganz.“ „Sie haben uns aus dem Herzen gesprochen, und wir sagen ausdrücklich Danke für Ihre klaren Worte, sowie Ihren Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen.“ Und aus meinen Laboratorien: „**Wir stehen hinter Dir!**“

Auch meine Kunden sehen mich in einem besseren Lichte als der Lübecker Uni-Präsident, sie halten mir die Treue, schon weil sie mich lange kennen und genau wissen, dass ich ein gutherziger Mensch bin und von keinen niederträchtigen Motiven geleitet werde.

Solche Befürworter wollen sich von keinem Journalisten und keinem Politiker vorschreiben lassen, was sie zu denken hätten. Zum Schluss werden in einer Demokratie die Stimmen ausgezählt - ob es „gute oder schlechte Stimmen“ sind. Und wenn die Mehrheit unserer Bevölkerung einen unbalancierten Einstrom von Menschen aus fernen Ländern ablehnt, muss sich die Politik danach richten. Und **es steht unserer Gesellschaft nicht gut zu Gesicht, dass manche Musterdemokraten ihr Weltbild den Andersdenkenden aufzwingen wollen und sie als sittlich unterlegen brandmarken und diskriminieren** (6, 7).

Noch zwei Monate später hat Prof. Lehnert seine Studenten belehrt, zitiert am 21.2.2015 in den Lübecker Nachrichten, er sei dankbar über den Vorfall mit dem Stöcker-Interview in Görlitz, „weil wir daran klarmachen können, was wir sind und wofür wir stehen, für Weltoffenheit und Toleranz“. **Unterricht in Pharisäertum** – sich an Nichtigkeiten stören (der hat „Neger“ gesagt!) und den Zusammenhang nicht sehen wollen oder können. Vergessen hat er noch das christliche „Gedankengut“, wie Nachsicht und Vergebung. Herr Professor Lehnert: Für das alles stehe ich schon lange, mit ganzem Herzen und mit meinen Taten, darüber hinaus auch für Rücksichtnahme, Großzügigkeit, Vernunft, Weitsicht, und vor allem für Demokratie und Respekt vor der Meinung des anderen. Aber nicht für Hetzkampagnen gegen unabhängige Geister.

Anlässlich einer Feier Anfang Januar 2015, bei der die Lübecker Universität zu einer Stiftung umfirmiert wurde, betonte ein obergescheites studentisches Senatsmitglied, „schließlich kann Geld auch stinken“, mögliche Zuwendungen von EUROIMMUN - Chef Winfried Stöcker sollten konsequent abgelehnt werden. „Seine rassistischen Entgleisungen in einem Zeitungsinterview sind durch nichts zu entschuldigen“. So war es in den „Lübecker Nachrichten“ zu lesen. Die beste Gelegenheit, dem Boss eines erfolgreichen Unternehmens seine Grenzen aufzuzeigen. Aber auch ein Affront gegen meine 2.000 fleißigen und kreativen Mitarbeiter, von denen die bereitgestellten Mittel (von fast einer Million Euro pro Jahr) auf ehrliche Weise erarbeitet wurden. Von einem Widerspruch seitens des Präsidenten der Universität gegen solche ungezogenen Äußerungen war nichts zu lesen. Man muss also davon ausgehen, dass er diese Auffassung teilt, oder er fürchtet sich vor den Studenten.

Und jetzt kommt eine klare Ansage: **Nostra pecunia non olet**. EUROIMMUN wird der Universität freiwillig keine Mittel mehr zur Verfügung stellen, solange dieser Präsident im Amt ist. Er hat geschafft, was vor fünf Jahren der Landesregierung nicht gelungen ist: Dass sich Lübecks international führendes Biotechnologie-Unternehmen EUROIMMUN einen neuen Standort für seine Expansion suchen wird und mehrere äußerst erfolgreiche und beispielhafte Kooperationsprojekte abgebrochen werden müssen!

Lübeck, 11. März 2015

Winfried Stöcker

Anmerkungen:

1. Mitinhaber der **Lübecker Nachrichten**, der **Sächsischen Zeitung** und der **Nordbayerischen Nachrichten** ist die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH" (ddvg). Diese bezeichnet im Internet ihre Aufgabe als „professionelles Beteiligungsmanagement für ihre Eigentümerin, die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**. Das Ziel ist, die Beteiligungen wirtschaftlich zu führen, die Substanz zu mehren - und damit zugleich einen finanziellen Beitrag zur Arbeit der SPD zu leisten“.

Nach meiner Ansicht ist es ein Skandal, dass sich die SPD über ihre Parteizeitung „Vorwärts“ hinaus, von der Allgemeinheit kaum bemerkt, an Presseorganen beteiligt und dadurch die Möglichkeit geschaffen hat, die Öffentliche Meinung klammheimlich zu beeinflussen. Da ist es vielleicht kein Wunder, dass vom „Klassenstandpunkt“ abweichende Äußerungen, wie die meines Interviews in Görlitz, so lautstark diskriminiert werden, dass man den Eindruck bekommt, der Abweichler steht allein auf weiter Flur. Aktuelle Meinungsumfragen, beispielsweise des Deutschlandfunks Ende Februar 2015, zeigen, dass genau das Gegenteil der Fall ist!

Durch solchen Medienschummel könnten sich die Genossen für manche politischen Ansichten gefühlte Mehrheiten besorgen, die der SPD taktisch zu Gute kommen und mit denen sie sich die CDU gefügig macht: Wählen mit 16, Zuzug türkischer Bürger nach Deutschland, Rente ab 63, Mindestlohn, Mietpreisbremse, Sprachpanscherei, übertriebene Inklusion und so weiter.

Nachtrag (11.3.2015): Viele weitere Tageszeitungen befinden sich teilweise oder ganz im Besitz der SPD (<http://www.flegel-g.de/spd-verlagswesen.html>). Inge Wettig-Danielmeier als SPD-Generaltreuhänderin sagte dazu: „Ab einer Beteiligung von 30% können wir mit unseren Wünschen zur Berichterstattung nicht mehr übergangen werden.“ Und meine

Vermutung: Jeder Zuwanderer ein SPD-Wähler!

2. David Signer: Eine Bankrotterklärung Afrikas. „Der eigentliche Skandal hinter dem Flüchtlingsdrama von Lampedusa ist nicht die ‚Abschottung Europas‘, sondern die Gleichgültigkeit der afrikanischen Regierungen gegenüber dem Exodus“. Neue Züricher Zeitung, 28. Februar 2015.
3. Paul Collier: Massenimmigration und Zusammenhalt. „Die bisherige Immigration war ein moderater Gewinn. Eine weitere Zunahme sollte aber begrenzt werden. Zu starke ethnisch-kulturelle Diversität bedroht den sozialen Zusammenhalt und damit die Grundlagen des Wohlstandes.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. März 2015.
4. Heinz Buschkowsky: Die andere Gesellschaft, 2014, Ullstein-Verlag, ISBN-10:3-550-08050-6.
5. In einer aktuellen, branchenübergreifenden Datenauswertung hat die Karriere-Plattform „kununu“ die TOP 10 der frauenfreundlichsten Unternehmen identifiziert, basierend auf 620.463 Bewertungen deutscher Arbeitgeber. Zu ihnen gehört EUROIMMUN (Platz 7, Wien, Presseinformation 03. März 2015)!
6. Herr Kretzschmar schreibt in der Görlitzer Zeitung StadtBILD (ddvg-unabhängig) vom Februar 2015: „Während Medien, Parteien und Behörden öffentlich Meinungsfreiheit und Toleranz fordern, wird gegenüber jeder grundsätzlichen Kritik ein vernetztes System von Ausgrenzung und Einschüchterung, beruflicher Benachteiligung, Auftragsentzug und Verunglimpfung eingesetzt. Bei jenen, die Toleranz einfordern, bemerkt man vielmehr eine zerstörerische Intoleranz. Andersdenkende werden pauschal als Mob eingestuft. ... Hasspropaganda gegen Patrioten vergiftet das Zusammenleben.“

7. Die Journalistin Bettina Röhl sagt dazu: „Der linke Mainstream ersetzt das Grundgesetz. Wer eine Meinung (zur Asylpolitik) äußert, die dem politisch korrekten Mainstream widerspricht oder in diesen Strom nicht hineinpasst, wird nicht physisch verfolgt. Er stellt sich allerdings automatisch ins gesellschaftliche Aus. Er heißt dann zum Beispiel ‚Rassist‘, ‚Nazi‘. Er heißt dann automatisch ‚Schande für Deutschland‘. Die Sanktionen sind spürbar.“

Nachtrag (19.3.2015):

Der Kanzler der Lübecker Universität hat vorgeschlagen, dass Prof. Stöcker seinen vom Senat der Universität verliehenen Titel zurückgibt, wo dieser doch die finanzielle Förderung (durch schmutziges Geld) einstellt. Er übersieht, dass es einen solchen Zusammenhang nicht gibt, mir wurde der Titel aufgrund meiner Funktionen und meiner wissenschaftlichen Leistungen zuerkannt, nicht in Erwartung eines üppigen Geldregens.

Ich verlange ja auch nicht, weder vom Kanzler noch vom Präsidenten, dass sie aufgrund ihres eigenen eklatanten Verstoßes gegen die Grundregeln der Demokratie ihre Posten aufgeben: In ihrer dem Pluralismus verpflichteten Universität missachten Sie das Recht eines jeden Bürgers auf freie Meinungsäußerung und versuchen ihm dieses durch kollektives Diktat abzusprechen.